Tägliches
Cincinnatier Volksblatt

Briefe an das „Volksblatt" sind zu adressiren:
CINNATIER VOLKSBLATT, BOX 225.
CINCINNATI, OHIO.

Haupt-Offices:
NO. 637 VINE STRASSE.
CINCINNATI, O.
Geschäfts-Departement....Telephon Canal 2624
Redaktion.....Telephon Canal 2045

Zweig-Offices:
Covington, Ky., 509—511 Madison Ave.
Telephon South 3254
Newport, Ky., 939 York Str., Tel. South 2401

Dienstag, den 24. März 1914.

Ein Bund zwischen Rußland, Deutschland und England ist das Ziel der Panslaven. Das ist gut ausgedacht. Nachdem Oesterreich zertrümmert wäre, würde der Angriff auf Englands asiatische Herrschaft erfolgen und dann käme Deutschland an die Reihe. Der Umstand ist nur, daß an die Verwirklichung eines solchen Planes nicht zu denken ist. Deutschland bleibt bei seinem Bundesgenossen, dem es vertrauen kann. Was England betrifft, so dürfte in absehbarer Zeit sein Bundesverhältniß sich umgestalten, indem es von Rußland abspringt und sich dem Dreibund anschließt, denn man ist schon längst eines Bundesgenossen, wie Rußland, müde, der beständig gegen seine Freunde Ränke spinnt. Das beständige Vorrücken des Kosakenthums in Persien hat ernstliche Verstimmung in England hervorgerufen und die Erkenntniß gezeitigt, daß Rußland als Feind weniger zu fürchten ist, wie als Freund.

Die Begegnung des Kaisers mit seinen Bundesgenossen erfolgt nicht blos aus Höflichkeit. Der Kaiser hat schon frühere Reisen nach Korfu gemacht, ohne Wien und Venedig zu berühren. Er hält eine Aussprache mit Rücksicht auf die politische Lage Europas für nothwendig und ohne Zweifel sind es die unaufhörlichen russischen Ränke, die Europa beunruhigen, welche zur Erörterung gelangen. Eine Verständigung braucht er wohl nicht zu suchen, denn die Dreibunds-Mächte sind von jeher einig, daß sie fest gegen Rußland und dessen Verbündeten, Frankreich, zusammenhalten müssen und eine Zusicherung gegenseitiger Unterstützung braucht ebenfalls nicht eingeholt zu werden, denn das gebietet das Selbstinteresse. Aus diesem Grunde hoffen wir, daß die jetzige Besprechung die Möglichkeit eines aktiven Vorgehens gegen Rußland zum Zwecke hat, da alle Bemühungen, Rußland auf friedlichem Wege zur Wahrung der Ruhe anzuhalten, sich als vergeblich erwiesen haben.

Der Versuch des Sekretärs des Innern, Lane, die Radium haltigen Ländereien in Colorado unter die Kontrole der Regierung zu bringen, ist fehlgeschlagen. Die Prozedur, die der Sekretär vorschlug, war sehr einfach, der Kongreß brauchte blos eine Resolution zu passiren, welche den Sekretär ermächtigte, die betreffenden Ländereien, die der Regierung gehören, in deren Besitz zu belassen und Ansprüche von Ansiedlern zurückzuweisen. Das mußte aber schnell geschehen, da das Gesetz die Belegung der Ländereien durch Ansiedler gestattet. Die Nothwendigkeit der schleunigen Erledigung gab Denen, die es darauf abgesehen hatten, das Radium in ihre Hände zu bringen, die Anweisung für ihr Vorgehen. Sie verzögerten die Erledigung, indem sie durch ihre Werkzeuge im Kongreß die Resolution in jedem Stadium aufhielten. Jetzt sind die Ansprüche auf die Ländereien eingereicht und der Sekretär muß sie bewilligen. Unter dem vorgeschlagenen Plan hätte dem amerikanischen Volke das wichtigste Heilmittel, das zur Bekämpfung des bösartigsten und weitverbreitetsten Leidens, der Krebskrankheit, nöthig ist, zu einem Preise, der dem Aermsten die Aussichten auf Heilung gewährte, zu Gebote gestanden. Da das vereitelt worden ist, wird das Radium von Privaten ausgebeutet werden, was einen unerschwinglichen Preis bedeutet. Die Kongreßmitglieder, die das verschuldet haben, sollten als Feinde der Menschheit gebrandmarkt werden.

Der Präsident macht eine sehr treffende Bemerkung über die Stellung der Demokraten zu der Vorlage, die das Gesetz aufheben soll, welches amerikanischen Küstenfahrern Abgabenfreiheit im Panama-Kanal gewährt. Als das Gesetz dem Kongreß vorlag, stimmten die Demokraten dagegen. Demnach kann die Erklärung in der demokratischen Platform, welche die Abgabenfreiheit gutheißt, nicht als demokratisches Prinzip gelten. Der betreffende Paragraph ist in die Platform von Leuten eingeschmuggelt worden, die es nicht wagten, offen gegen das Gesetz aufzutreten und ihre Absichten hinterrücks durchführten. Die Platform offenbart auch, daß sie auf den jetzigen Präsidenten und die ganze Richtung in der demokratischen Partei nicht paßt. Wie solcher Widerspruch entstanden ist, läßt sich leicht genug erklären. Die Platform wurde vor der Nomination angenommen und die feststehende Annahme war, daß die Nomination Clark zufallen würde. Demnach war Wilson, der schließlich nominirt wurde, nicht in der Lage, die ihm zusagende Platform zu erlangen. Die Thatsache, daß Clark und Underwood die Aufhebung des Gesetzes bekämpften, ertheilt auch Aufschluß, wer die demokratischen Führer waren, welche die Erklärung zu Gunsten der Abgabenfreiheit in die Platform hineinbrachten.

Alle Anzeichen weisen darauf hin, daß der Präsident mit seinem Anti-Trustprogramm nicht durchdringen wird und es sind sogar Anzeichen vorhanden, daß der Präsident selbst nicht darauf versessen ist, aus dem Programm eine Parteifrage zu machen. Auch ihm ist nicht entgangen, daß der Gedanke, der ihm vorschwebt, Freiheit mit Zwang zu paaren, nicht durchführbar ist. Die Ansichten von Taft's Generalanwalt, Wickersham, mögen aufklärend auf ihn gewirkt haben. Niemand wird bestreiten, daß Wickersham ehrlich bemüht war, Monopole zu unterdrücken und er hat ja auch den Beweis dafür in einer großen Anzahl erfolgreich durchgeführter Trustprozesse erbracht. Auf Grund dieser langen und vielfachen Erfahrungen erklärt Wickersham, daß das jetzige Gesetz durch Aenderungen nur verschlechtert und unwirksamer gemacht werden würde. Es ist so allgemein gehalten, daß alles, was eine monopolistische Wirkung hat, unterdrückt werden kann. Die einzige Verbesserung, die angebracht wäre, betrifft die Anträge, die Wickersham vor Gericht nicht durchsetzen konnte. Er forderte bei Auflösung des Kohlenöl-Trusts und Tabaks-Trusts ein Dekret, das ihm gestatten sollte, die aufgelösten Trusts durch Einhaltsbefehl wieder vor Gericht zu bringen, wenn ersichtlich ist, daß sie wieder monopolistische Methoden befolgen. Die Erfahrung hat gezeigt, wie berechtigt sein Verlangen war und das Recht des Generalanwalts, einen solchen Einhaltsbefehl zu fordern, sollte gesetzlich festgelegt werden.

Wie denken Sie über Rußland?

Obige Scherzfrage kursirt in Deutschland schon seit einer Generation. Doch liegt tiefer Ernst darin. Rußland lastet schon seit Jahrzehnten wie ein Alb auf der deutschen Nation. Mit dem Instinkt, der den Volksmassen inne wohnt ist das deutsche Volk sich bewußt, daß Rußland unaufhörlich auf einen vernichtenden Streich sinnt. Diese feindliche Absicht ist durch die panslawistische Bewegung, die sich Anfangs der Achtziger Jahre organisirte, beständig gewachsen, da sie, weit davon eine vereinzelte Erscheinung zu sein, wie der Pan-Germanismus, alle russischen Volkskreise umfaßt und von den leitenden Stellen genährt und gefördert wird. Der leitende Gedanke ist, alle slavischen Stämme unter dem Zepter des Zaren zu vereinigen und damit eine russische Weltherrschaft aufzubauen. Daß diese Absicht letztere Zeit mit besonderer Entschiedenheit hervorgetreten ist, liegt an dem Streben der Slaven, außerhalb Rußlands eine nationale Selbstständigkeit zu erlangen. Alle ohne Ausnahme blicken auf Rußland, das ihnen zur Loslösung von Oesterreich verhelfen soll. Daß der Retter sich später als ein schlimmer Bedrücker erweisen würde, bleibt außer Rechnung, was eine große Thorheit ist, aber Rußland bedient sich dieses slavischen Taumels, um seine Pläne durchzuführen. Einen Begriff von diesem Unverstand erhält man an der deutschfeindlichen Demonstration in Warschau. Wenn die deutsche Regierung auch gewisse Maßregeln anwendet, nicht um die Polen zu unterdrücken, sondern um das Deutschthum in den östlichen Provinzen zu retten, so ist doch das Loos der Polen in Preußen unendlich besser, als der Polen in Rußland, denn die Polen in Preußen nehmen an allen Rechten deutscher Bürger theil, während im ganzen Rußland Bürgerrechte nur auf dem Papier bestehen und dort noch in sehr beschränktem Maße. In Oesterreich hat das Slaventhum überhaupt keinen Grund zur Klage, denn dieses wird vor den Deutschen bevorzugt. Aber das Slaventhum will lieber von Rußland unterdrückt, als in deutschen Ländern bevorzugt sein, weil man auf diesem Wege besser ans Ziel zu gelangen vermeint.

Es braucht nicht erst bewiesen zu werden, daß diese Vorgänge Deutschland auf das Tiefste berühren. Nicht allein, daß ihm der Verlust der slavischen Provinzen droht, würden selbst die deutschen Provinzen nicht gesichert sein. Thatsächlich wird jetzt schon auf friedlichem Wege das Deutschthum schwer bedrängt. In Preußen sind die östlichen Provinzen schon vollständig polonisirt. Ein reindeutsches Gebiet, wie Westphalen, ist schon zur Hälfte in Händen der Polen. In Oesterreich da die slavische Fluth Mähren und Schlesien überschwemmt. Unwillkürlich denkt man angesichts solcher Erscheinung an die graue Vorzeit zurück, als die slavische Herrschaft bis zur Elbe reichte. Wenn in Friedenszeiten das Deutschthum so beständig zurückgedrängt wird, was soll dann werden, wenn alle slavischen Völkerschaften, von Rußland geführt, in die deutschen Gauen einbrechen?

Daß eine solche Entwicklung im Fluß ist, kann im Grunde nicht überraschen. So alt wie Europa sind seine Kämpfe gegen das Asiatenthum. Die Kämpfe gegen die Perser, gegen die Hunnen, gegen die Türken und Mongolen sind ja verbürgte geschichtliche Thatsachen und das Slaventhum, das gegenwärtig Europa bedrängt, ist ja in seiner Kultur überwiegend asiatisch. Eine Parallele kann man auch darin finden, daß bei den asiatischen Invasionen Frankreich die Rolle des Verräthers an der europäischen Kultur spielte. Wie Ludwig XIV. der Bundesgenosse des Sultans, ist jetzt die französische Republik der Bundesgenosse des Zaren.

Die früheren Verhältnisse brachten es mit sich, daß man die asiatische Gefahr völlig ausrisen ließ und erst im letzten Augenblick sich dagegen stellte. Die Folgen waren im höchsten Grade verhängnißvoll. Jahrhunderte lang stand Europa im Kampfe mit den Türken. Eine solche Verzögerung in unserem Zeitalter wäre unverzeihlich. Die Hüter der europäischen Kultur, welches Deutschland und Oesterreich sind, besitzen die Macht, die Gefahr im Keime zu ersticken, indem sie das Haupt des Slaventhums zermalmen. Das sollte geschehen, ehe Rußland seine Kräfte zu dem Streiche, den es plant, gesammelt hat. Wie die Dinge liegen, kann es nur eine Frage von wenigen Jahren sein, bis Slaventhum und Germanenthum aufeinander stoßen. Die Klugheit räth, den Kampf unter den leichtesten Bedingungen zu führen. Ueber den Ausgang kann kein Zweifel bestehen. In Deutschland herrscht eine förmliche Begierde, gegen Rußland ins Feld zu ziehen. Die Sozialisten, die für Weltfrieden schwärmen, haben wiederholt erklärt, daß sie den Tag mit Freuden begrüßen würden, an welchem sie gegen Rußland geführt werden, in welchem sie den Feind der gesammten Menschheit erkennen.

Deutschland hat viel und alles gethan, um den Frieden zu wahren. Es hat den russischen Vorstoß in China geduldet und mit gewohnter Bescheidenheit sich mit Kiautschau als seinem Antheil für den Fall der Auftheilung Chinas beanügt. Das war eine äußerst schwächliche Politik. Es hätte entweder auf der Entfernung Rußlands aus dem chinesischen Gebiet bestehen oder sich einen größeren Antheil sichern sollen. Ebenso hat es mit Rußland wegen Persiens paktirt, um einen Krieg nicht aufkommen zu lassen. Die Erfahrung zeigt aber, daß freundschaftliche Behandlung diese Barbaren nicht zum Frieden bewegen kann, daß sie nicht blos in Asien, sondern auch in Europa herrschen wollen. Darum ist es auch an der Zeit, diesen Störenfried in energischer Weise zur Ruhe zu bringen und gegen das Haupt des Slaventhums einen vernichtenden Schlag zu führen, der die ganze slavische Bewegung unterdrücken würde. Unaufhörlich nagt das Slaventhum an dem deutschen Besitzstande. Läßt man das ruhig gewähren, so wird man eines Tages die Wahrnehmung machen, daß das Slaventhum sich in das Herz von Deutschland hineingefressen hat. Dieses Zerstörungswerk sollte schleunigst mit Blut und Eisen aufgehalten werden.

Das Vermögen Wilhelms II.

Von Dr. Ernst Friedegg.

Nach ihrem Vermögen sowohl wie nach ihrem Einkommen ist Bertha Krupp v. Bohlen-Haldach die höchstbesteuerte Persönlichkeit im gesammten Deutschen Reich. Für das Jahr 1911 hat sie Einkünfte von achtzehn Millionen und einhundertneunzigtausend Mark fatirt. Die jährlichen Einnahmen Wilhelms II., die natürlich steuerfrei sind, erreichen jedoch einen um etwa vier Millionen höheren Betrag. Sie setzen sich aus der Zivilliste, den Zinsen des Privatvermögens und dem Ertrag des Grundbesitzes zusammen.

Die Zivilliste ist durch das Gesetz vom 17. April 1910 um zwei Millionen erhöht worden. Sie beträgt gegenwärtig über siebzehn Millionen und siebenhunderttausend Mark.

Bis zum Jahre 1820 entnahm der König von Preußen seinen Unterhalt einfach der Staatskasse. Durch die Verordnung vom 27. Januar 1820 bestimmte dann Friedrich Wilhelm III., daß eine Rente in Höhe von 2,573,008.2/3 Thalern (den Thaler zu drei Mark gerechnet) aus dem Einkommen der Domänen und Forste dem königlichen Haus angewiesen werde. Diese Rente wurde 1859 um eine halbe Million Thaler erhöht. Ein Gesetz vom Januar 1868 verfügte eine weitere Erhöhung um drei Millionen Mark, und bald nach der Thronbesteigung Wilhelms II. kamen wieder 3½ Millionen Mark dazu. Seit 1858 haben sich also die Verhältnisse der preußischen Könige so sehr gebessert, daß sie um zehn Millionen in jedem Jahr mehr ausgeben können, ohne ihr Budget aus dem Gleichgewicht zu bringen. Für die ersten 7.7 Millionen Mark, die von 1820 bis 1858, haften die Domänen und Forste des Staates, die zusammen einen Reinertrag von mehr als sechzig Millionen abwerfen. Diese 7.7 Millionen werden den Bruttoerträgen des Ministeriums der Landwirthschaft entnommen und werden im preußischen Etat nur in einer Anmerkung beiläufig erwähnt. Das Recht auf ihren Bezug bildete ursprünglich den Begriff des Kronfideikommißfonds. Die späteren Erhöhungen der Zivilliste stehen jetzt im Etat mit der runden Summe von zehn Millionen unter den Dotationen, und zwar als „Zuschuß zur Rente des Kronfideikommißfonds".

Das baare Vermögen des Kaisers schätzt der frühere Regierungsrath im Reichsamt des Innern Rudolf Martin auf Grund vertraulicher Nachrichten nicht höher als auf zwanzig Millionen Mark und den Zinsenertrag daraus auf neunhunderttausend Mark. Das Geld war bis vor Kurzem beim Berliner Bankhaus Delbrück, Schickler & Co. zu 4½ Prozent angelegt und befindet sich neuerdings im Depot der Reichsbank und der Seehandlung. Thatsache ist, daß Friedrich Wilhelm III. einen Theil seiner Ersparnisse, und zwar fünfzehn Millionen, seinem Nachfolger als Krontresor hinterlassen hat — mit der ausdrücklichen Bestimmung, daß mindestens die Hälfte davon niemals angegriffen werden dürfe, sondern der königlichen Familie in schweren Zeiten als Nothpfennig zu dienen habe. Zu diesen fünfzehn Millionen sind nach dem deutsch-französischen Kriege noch 41½ Millionen — als Kriegsdotation des Deutschen Reiches — an Wilhelm I gekommen. Desgleichen steht fest, daß nach Wilhelm I. in baarem Gelde achtzig Millionen zurückblieben. Davon entfielen zwanzig Millionen auf den Krontresor. Der Rest wurde unter die Kinder des ersten deutschen Kaisers vertheilt. An Wilhelm II. kam nach dem Tode des Kaisers Friedrich vom Krontresor abgesehen, naturgemäß nur noch sehr wenig. Zwar hat Johannes v. Miquel sonst der beste Finanzminister den Preußen je hatte, eines Tags entdeckt, daß zwei Grundstücke, die man für Staatseigenthum hielt, der Krone gehörten, und Wilhelm II. bekam für die beiden Terrains — für den Platz, wo heute die königl. Bibliothek steht u. für den Raum, den das alte königl. Opernhaus (Kroll) einnimmt — genau zehn Millionen, aber dieser Betrag ist zum allergrößten Theil beim Umbau und der Neueinrichtung des königlichen Marstalls wieder draufgegangen. Auch sonst ließ der deutsche Kaiser, der eine prächtige Repräsentation liebt, an und in seinen Schlössern beträchtliche Aenderungen vornehmen, die so große Ausgaben verursachten, daß eine ganze Reihe überflüssiger Schlösser und Schlößchen verkauft werden mußten. Das Achilleion auf Korfu dagegen hat Wilhelm II. von seinem Freund und Bundesgenossen, dem Kaiser Franz Josef, zu einem ungewöhnlich billigen Preis erstanden.

Seine Schlösser bringen dem Kaiser natürlich nichts, sondern sie machen ihm nur Kosten. Ein ansehnlicher Theil dieser Schlösser gehört überdies gar nicht dem Kaiser. Sie sind vielmehr Eigenthum des Staates und stehen ihm, als dem Könia von Preußen, nur zeitweilig zur Verfügung. Er zahlt dafür keinerlei Miethe, hat aber die Pflicht, die Gebäude in gutem Zustande zu erhalten. Unter dem Schlössern, die dem Kaiser nicht gehören, seien die von Homburg, Wilhelmshöhe, Wiesbaden, Hannover, Celle, Osnabrück, Glücksburg, Kassel genannt. Als Eigenthum besitzt der Kaiser in Berlin drei, in Potsdam und Umgebung dreizehn, im ganzen mehr als vierzig Schlösser und schloßähnliche Gebäude. Das königliche Schloß in Berlin, dessen Gemälde und andere Sammlungen außerordentlich kostbar sind, repräsentirt sammt Einrichtung nach dem Urtheil von Sachverständigen einen Mindestverkaufswerth von zwanzig Millionen, die anderen Gebäude zusammen sind wenigstens das Doppelte werth. Zu den Berliner Besitzungen des Kaisers gehören 25 Riesenhäuser, in denen das stattliche Heer von 400 Hofbediensteten sammt ihren Familien, insgesammt 2000 Personen bequem wohnen. Diese Berliner Privathäuser sind mit 25 Millionen nicht zu hoch eingeschätzt.

Der ländliche Grundbesitz des Kaisers besteht aus 74,420 Hektar Wald und 47,439 Hektar Feld. Die Feldgüter oder Domänen, und zwar ebensowohl die königlichen Fideikommisse wie der königliche Privatbesitz, sind mit verschwindend geringen Ausnahmen verpachtet, während die Krone und der Kaiser die Wälder in eigener Regie verwaltet. Man darf annehmen, daß die Domänen dem Kaiser denselben Ertrag abwerfen wie dem Staat — ihm stehen ja dieselben Pächter und dieselben Sachverständigen zur Verfügung. Die Staatsforste aberbringen jährlich etwas über 24 Mark pro Hektar, die Aecker 36 Mark. So mag der Deutsche Kaiser aus seinen Wäldern in jedem Jahre 3¾ Millionen Mark ziehen. Der gesammte Grundsteuerreinertrag des kaiserlichen und königlichen Feld- und Waldbesitzes beträgt etwa 700,000 Mark. Da man im allgemeinen den Grundsteuerreinertrag mit hundert zu multipliziren hat, um den Werth zu erfahren, muß man Wilhelm II. in seiner Eigenschaft als Landwirth auf 70 Millionen veranschlagen. Es versteht sich von selbst, daß alle Besitzthümer Wilhelm II. völlig unbelastet sind.

Der deutsche Kaiser nimmt demnach jährlich ein: 17,7 Millionen vom preußischen Staat, 900,000 Mark an Bankzinsen, 3½ Millionen an Pacht und Grundertrag, alles in allem 22 Millionen und 100,000 Mark. Sein Vermögen jedoch und das der Krone beläuft sich mit dem Inhalt des Krontresors auf gute 175 Millionen.

Neben dem Grundbesitz des Kaisers besteht ein reicher Grundbesitz des Prinzen Heinrich sowie des Kronprinzen. Der Werth des kronprinzlichen Grundbesitzes in Schlesien allein mag fünfzehn Millionen betragen; er ist ein Erbstück des vorletzten Herzogs von Braunschweig, des „Diamantenherzogs."

Vierzehn New Yorker hinterlassen über eine Milliarde.

Noch nie zuvor sind in der Geschichte unseres Landes so viele Männer von Reichthum und Macht aus dem Leben geschieden, wie in den letztenfünf Monaten. Mit den in voriger Woche verstorbenen Multi-Millionären George W. Vanderbilt und George Westinghouse haben seit Anfang vorigen Jahres allein vierzehn solcher hervorragenden Leute zusammen schätzungsweise über eine Milliarde Dollars hinterlassen. Da in verschiedenen Fällen die staatliche Abschätzung des Werthes der Nachlassenschaf. noch nicht beendet ist, so läßt sich noch nicht genau angeben, wie viel davon an Erbschaftssteuer in die Staatskasse fließen wird. Doch schon für die mit September letzten Jahres beendeten neun Monate sind an solchen Geldern zu Gunsten des Staates $12,724,236 erhoben worden. Der noch fällige Betrag dürfte der genannten Summe nahekommen, wenn dieselbe nicht noch übersteigen. Die von den 14 Millionären hinterlassenen Reichthümer übertreffen den Werth des gesammten abgeschätzten Besitzes von Staaten, wie Alabama, Arizona, Florida und Distrikt Columbia und der gesammte Besitz von Staaten, wie Nebraska, Nevada und New Mexiko ist nicht größer.

Die Namen der reichsten der seit Januar 1913 verstorbenen New Yorker und deren vermuthliche Hinterlassenschaft ist aus der folgenden, dem hiesigen Bureau des Staats-Controllers entstammenden Aufstellung ersichtlich:

John Jacob Astor	$87,217,791
*Anthony N. Brady	75,00000
*J. Pierpont Morgan (abgesehen von dem Nachlasse an Kunstschätzen)	65,000,000
*George W. Vanderbilt	50,000,000
D. O. Mills	37,000,000
*Charles E. Appleby	50,000,000
*George Westinghouse	35,000,000
*Benjamin Altman	30,000,000
*L. H. Severance	15,000,000
*James R. Keene	15,000,000
*George A. Hearn	10,000,000
Edwin Hawley	9,720,000
*Henry M. Flagler	6,000,000
*Isaac V. Brokaw	5,000,000

*Schätzungsweise.

Der Nachlaß von John Jacob Astor hat soweit in die Staatskasse den höchsten Betrag als Erbschaftssteuer entrichtet, und zwar $3,150,000. Vordem war der auf $67,000,000 veranschlagte Nachlaß des Bankiers John S. Kennedy für die Staatskasse der ertragsreichste gewesen. Der Bahnmagnat Anthony N. Brady war ein Mann von großem Reichthum, und doch hatten nur Wenige vermuthet, daß sein Besitz an Werth den des Finanzfürsten J. Pierpont Morgan noch übertraf, abgesehen allerdings von des Letzteren Hinterlassenschaft an Kunstschätzen. Die von dem Brady'schen Nachlaß kürzlich erlegte Erbschaftssteuer von $2,584,000 läßt auf einen Werth desselben von $75,000,000 schließen. Die Abschätzung des Morgan'schen Nachlasses ist noch nicht beendet, ebensowenig die der Hinterlassenschaft des Börsenspekulanten James R. Keene, sowie die der Groß-Kaufleute Benjamin Altman, George A. Hearn, Isaac V. Brokaw und Isidor Straus. Der Werth des Nachlasses des Letztgenannten wird auf $4,427,608 geschätzt. Zu den Bahnmagnaten zählten die letzthin verstorbenen D. O. Mills, Ed. Hawley und Henry M. Flagler, von denen Letztgenannter sich besonders durch den Bau einer von der Florida-Küste über den Ozean hinweg führenden Bahn einen Namen gemacht hat. Der Name Chs. E. Appleby kam erst anläßlich seines Todes im letzten Dezember in aller Leute Mund, als es sich herausstellte, daß sein Nachlaß nach und nach erworbenes Grundeigenthum in hiesiger Stadt im Werthe von $50,000,000 umfaßte. Von der Existenz dieses Multi-Millionärs war bis dahin allgemein nichts bekannt gewesen. Von dem in letzter Woche aus dem Leben geschiedenen Groß-Industriellen und Erfinder George Westinghouse nimmt man an, daß er trotz großer Verluste, die er notorisch in den letzten Jahren erlitten hat, doch noch ein Vermögen von etwa $35,000,000 hinterlassen habe.

Doch es lassen sich nochzahlreiche Namen anderer seit Anfang letzten Jahres verstorbener New Yorker anführen, von denen jeder ein Millionen-Vermögen hinterlassen hat, wenngleich die Betreffenden nicht in die obige Liste der verstorbenen Multi-Millionäre gehören. Es zählen dazu die folgenden Männer und Frauen: Timothy L. Woodruff, Großfabrikant und Politiker, General Stewart L. Woodford, Benjamin Guggenheim, Großfabrikant; Mayor William J. Gaynor; William F. Havemeyer; Ed. Wasserman; George W. Quintard, Eisenfabrikant; Robert C. Ogden, Kaufmann und Philanthrop; Bradley Martin; James B. Hammond, Schreibmaschinen-Fabrikant; Mrs. Louis Aspinwall Minturn; Max E. Bernheimer; George W. Croßman, Großkaufmann; Ernest Thalman, Bankier; Richard Williamson; Nathan Herrman, R. Suydam Grant; Maria L. Campbell; Fannie B. Van Riper; Smith Ely; William Augustus Spencer und Mrs. Minnie Hackett Tropbridge. Letztere hat sehr gegen ihren Wunsch ihr Vermögen von $1,500,000 ihrem Neffen, dem Schauspieler Wm. K. Hackett, hinterlassen.

Geht nicht nach Brasilien!

In der „Münchener Post" gibt ein Münchener Maurer seine brasilianischen Erfahrungen wieder: Von den schönen Hoffnungen beseelt, hervorgerufen durch unwahre Versprechungen, fuhren ich und ein Kollege mit dem Polier Brauer nach Brasilien. Bauer stellte uns bei dem deutschen Konsul in Pernambuko, der eine Brauerei bauen wollte, lohnende Beschäftigung in Aussicht. Wir erhielten aber nur 7 Milreis, nach deutschem Gelde 9,45 Mark. Das war im Hinblick auf den theuren Lebensunterhalt zu wenig. Reichte doch der Lohn knapp zur Fristung des Daseins. Die Bitte um bessere Bezahlung wurde glatt abgewiesen. Wir verkauften darum unsere Jagdgewehre, mit denen wir uns höchst überflüssigerweise ausgerüstet hatten, und fuhren mit einem brasilianischen Küstendampfer nach Sao Paulo. Die Fahrt dauerte zehn Tage. Wir waren die einzigen Deutschen an Bord und hatten unter der ungewohnten miserablen Verpflegung schwer zu leiden. Getrocknetes Salzfleisch, getrocknete Früchte waren die Hauptgerichte, die kaum von den Negern und Mulatten verzehrt werden konnten. In Sao Paulo hielten wir uns zwei Tage in einem deutschen Pensionat auf und fanden bei einem Ingenieur, der selbst Münchener sein soll, Beschäftigung. Nach vierwöchiger emsiger Thätigkeit erhaten wir uns im Hinblick auf unsere ansehnliche Leistung einen angemessenen Lohn. Gemeine Beschimpfungen bildeten die Antwort. „Mit den deutschen Halunken", so schrie der Mensch, „hat man immer seine Plage; diese Vagabunden" usw. Natürlich war damit auch dieses Arbeitsverhältniß gelöst. Der Pensions-Inhaber wollte uns weiter vermitteln an einen norddeutschen Ingenieur. Dieser lehnte uns aber mit dem Bemerken ab: „Deutsche kann ich nicht brauchen. Spanier, Portugiesen oder Polacken sind mir lieber. Die haue ich über den Schädel, dann sind sie ruhig und arbeiten weiter. Das ist bei Deutschen ganz anders." Wir fanden dann doch noch Beschäftigung und fuhren so bald wie möglich zurück, da nichts von dem in Erfüllung gegangen war, was man uns vorgespiegelt hatte. Nun noch einiges über die Preise, die drüben bezahlt werden müssen. Kleider und Wäsche sind sehr theuer. Ein Liter Milch kostet 80 Pf., 1 Kilo Fleisch minderer Qualität 1,35 M., 1 Zentner Kartoffeln 27 M., Petroleum (2 Liter) 52 Pf., eine Flasche Bier (2 Liter) 80 Pf. bis 1,70 M., eine Zitrone und eine Apfelsine 13½ Pf. u. s. w. Das Trinkwasser ist schlecht; es muß vor dem Genuß abgekocht werden. Hunderte von deutschen Familien wären froh, wenn sie die Mittel aufbringen könnten, wieder herüberzufahren. Das ungesunde Klima, die nicht jedem zuträgliche Lebensweise, das Ungeziefer bringen viele, die sich nach Brasilien locken ließen, unter die Erde. Nur die armen Waisen werden von der Regierung abgeschubt. Auf dem Dampfer, mit dem wir herüberfuhren, wurden sechs so unglückliche Geschöpfe „verfrachtet". Leuten, die in Vereinen oder privatim für die Uebersiedlung armer Familien nach Brasilien agitiren, sollte das Handwerk gelegt werden. Entweder kennen sie die Verhältnisse drüben gar nicht oder aber sie sind informirt und handeln dann doppelt gewissenlos.

Lokal-Bericht

Jäher Tod.

Ed. Smith von eignem Fuhrwerk überfahren und getödtet.

Auf jähe Weise kam gestern Morgen ein Arbeiter Namens Edward Smith, der angeblich aus Hamilton stammt, um's Leben. Er wurde von dem Fuhrwerk, dessen Lenker er war, überfahren und auf der Stelle getödtet.

Smith war damit beschäftigt, Asche zum Auffüllen eines Fundaments für eine neue Garage an der Rockdale Avenue und Burnet Avenue zu fahren und als er mit seinem Fuhrwerk die Kreuzung der Lincoln Avenue und Reading Road passirte., stürzte er plötzlich von seinem Sitz und kam so unglücklich zu liegen, daß die Räder direkt über seinen Hals hinweggingen, ehe es einem Passanten gelang, die Pferde anzuhalten. Der Verunglückte wurde in einem gerade vorbeifahrenden Automobil nach dem Bethesda Hospital gebracht, wo er wenige Minuten nach seiner Einlieferung starb. Smith hat angeblich eine Tochter, die in Hamilton ansässig ist.

Der Stadtrath.

Zwei Angestellte im Bureau des Bürgermeisters werden Gehaltserhöhung erhalten.

In der heutigen Sitzung des Stadtraths wird eine Ordinanz unterbreitet werden, durch welche die Gehälter von zwei Angestellten im Bureau des Bürgermeisters erhöht werden, während zugleicher Zeit der bisherige Stenograph in dem Bureau den Titel eines Hilfs-Sekretärs erhält. Dieser Hilfssekretär und auch der Clerk werden in Zukunft, vorausgesetzt natürlich, daß die Ordinanz angenommen wird, je $1500 statt $1200 pro Jahr erhalten. Der gegenwärtige Stenograph im Bureau des Bürgermeisters, Herr P. McKenna, hat nämlich vor einigen Tagen als Bester die Civildienstprüfung für den Posten des zweiten Hilfsclerks des Stadtraths bestanden und könnte sofort diesen Posten, der $1500 pro Jahr bringt, haben. Da nun Bürgermeister Spiegel sich die Dienste Herrn McKennas auch fernerhin zu sichern wünscht, hat er die Gehaltserhöhung beschlossen und zu gleicher Zeit auch Herr C. Ludewig, dem Clerk, als Anerkennung für seine vorzüglichen Leistungen, eine Gehaltserhöhung zugedacht.

Ferner wird dem Stadtrath heute die Ordinanz vorliegen, welche die ersten vorbereitenden Schritte für die Ersetzung der Main Straße Brücke durch eine Auffüllung des Kanals vorsieht. Die Ordinanz bestimmt nämlich die Festsetzung eines neuen Niveaus für die Main Straße am Kanal.

Ehe-Erlaubnißscheine.

Fred. H. Boßmeyer, 29, 1635 Philomena Ave.
Lola B. Hoffman, 19, desgl.

John E. Manning, 26, New York.
Dorothy J. Krause, 20, Sinton Hotel.

Edwin E. Jiles, 23, Ironton, O.
Mabel A. Thompson, 22, 270 Worth Straße.

George W. Plettner, 26, 2547 Vine Straße.
Josephine H. Meyer, 23, 3564 Montgomery Ave.

William Knox, 30, 341 Oregon Str.
Helen Moran, 22, 308 desgl.

Albert W. King, 35, 225 West 6. Straße.
Leona Reynolds, 18, 3173 Hillside Avenue.

John S. Langfritz jr., 21, 1537 Glen Parker Ave.
Grace Adele Cherry, 19, desgl.

Willie Wayland, 25, Demoßville, Ky.
Mary Dearborn, 18, 828 Armory Avenue.

Bernard H. Henkenberns, 58, 1046 Cutter Straße.
Emilie Socha, 43, desgl.

Earle D. Jones, 26, 425 Richmond Straße.
Laura Borne, 21, 2141 Bernard St.

Der Sharp Inquest.

Coroner Dr. Foertmeyer begann gestern einen Inquest, um zu ermitteln, wie der Bremser Emanuel Sharp um's Leben kam, dessen furchtbar verstümmelte Leiche am Donnerstag an den Bahngeleisen am Fuße der State Avenue aufgefunden worden war. Der einzige Zeuge, der soweit vernommen wurde, war ein Bruder des Todten, der Straßenbahnkondukteur Gary Sharp, der angab, daß sein Bruder geplant hatte, sich am Freitag zu verheirathen. Weitere Zeugen werden heute vom Coroner vernommen werden.

Bodmann's Wittwenheimath.

Das Direktorium der Bodmann'schen Wittwenheimath hat eine Veränderung mit Bezug auf das Datum seines Frühjahrsfestes vorgenommen und das Fest wird nunmehr am Samstag, dem 13. Juni, stattfinden.

Ursprünglich war der 6. Juni in Aussicht genommen gewesen, aber das Direktorium gab diesen Tag auf, um nicht das Frühlingsfest des Deutschen Allgemein Protestantischen Waisenhauses, das am 7. Juni abgehalten werden wird, zu beeinträchtigen.

Brach ein Bein.

Von einem schweren Unfall wurde gestern Nachmittag der Frachtverlader Henry Bunker, von No. 530 West Vierte Straße, betroffen. Er war im Frachtschuppen der B. und O. Bahn, an der Dritten und Park Straße, mit Verladen von Kisten beschäftigt, als eine Kiste, in der sich ein Klavier befand, ausglitt und ihm auf den rechten Fuß fiel, das Glied oberhalb des Knies brechend. Der Verunglückte fand Aufnahme im St. Marien Hospital.